

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Unsere Gesellschaft muss bildungshungriger werden

Bildungsbericht der Bundesregierung dokumentiert positive Entwicklungen

Der von Bundesbildungsministerin Annette Schavan vorgelegte Bericht „Bildung in Deutschland 2010“ stand an diesem Donnerstag im Mittelpunkt der Debatte des Deutschen Bundestages. Hintergrund: Im Abstand von zwei Jahren informiert der Bericht "Bildung in Deutschland" über Entwicklungen im Bildungswesen. Er wird von einer unabhängigen Wissenschaftlergruppe unter Leitung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erarbeitet und ist nunmehr zum dritten Mal erschienen. Der Bericht liefert einen Überblick über das gesamte deutsche Bildungswesen. Entsprechend dem Konzept von Bildung im Lebenslauf erstreckt sich die Berichterstattung von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung.

„Bildungspolitik braucht nicht immer neue ideologische Debatten, sondern mehr Gemeinsamkeit und Vergleichbarkeit unter den Bundesländern“, sagte die Bundesbildungsministerin und Ulmer Bundestagsabgeordnete Annette Schavan, die die Debatte eröffnete. Eltern müssten sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder, egal in welchem Bundesland sie zur Schule gehen, vergleichbare Bildungsabschlüsse und Schulmaterialien haben.

Der Bericht dokumentiert in allen Bildungsbereichen viele positive Entwicklungen und weist erfreuliche Kennzahlen auf: Die finanziellen Aufwendungen je Bildungsteilnehmer liegen über dem OECD-Durchschnitt, die Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen ist deutlich gestiegen. Ganztagschulen wurden ausgebaut. Die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss ist gesunken. Die Ausbildungsmarktsituation verbessert sich seit 2006 kontinuierlich. Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ist im Jahr 2009 mit 43 Prozent auf einen Höchststand gestiegen. Insgesamt steige der Bildungsstand der Bevölkerung stetig an, sagte die Ministerin. Die Beharrlichkeit, mit der die Union in den vergangenen Jahren daran gearbeitet hat, die Bundesrepublik auf den Weg zur Bildungsrepublik zu bringen, zahlt sich aus.

Der Bericht zeigt zugleich auch die Herausforderungen auf, vor denen wir im Bildungsbereich stehen: Dazu zählen vor allem der vorhergesagte Rückgang der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen von 9 Millionen im Jahr 2008 auf 7,3 Millionen im Jahr 2025, der insbesondere die westdeutschen Flächenländer treffen wird, sowie die Kluft in den Bildungsverläufen von Kindern und Jugendlichen, die bestehende Bildungsangebote erfolgreich nutzen, und jenen, bei denen sich ungünstige Rahmenbedingungen auf den Bildungsverlauf auswirken.

So wachsen 29 Prozent der Kinder in Deutschland in einer sogenannten „Risikolage“ auf, durch die ihre Bildungschancen beeinträchtigt sein können. In den Stadtstaaten sind es bis zu 40 Prozent. Ein Indiz für diese Situation ist, dass trotz rückläufiger Schülerzahl die Zahl der Förderschüler sowohl an den Förderschulen als auch an den allgemeinbildenden Schulen mit integrativer Förderung steigt. Um auch den Kindern ohne unterstützendes Umfeld erfolgreiche Bildungsverläufe zu ermöglichen, hat die christlich-liberale Koalition eine ganze Reihe neuer Instrumente eingesetzt: Dazu gehören im Einzelnen ein verstärkter Ausbau der frühkindlichen Förderung (Offensive „Frühe Chancen“), Bildungsketten mit individueller Begleitung – beginnend in der Schule bis in eine Berufsausbildung hinein – und nicht zuletzt im Rahmen der aktuellen Novellierung des SGB II ein umfassendes Bildungspaket. Nie wurde mehr Geld für Bildung im Allgemeinen und die Zukunftschancen sozial benachteiligter Kinder im Besonderen ausgegeben als unter der christlich-liberalen Koalition.

In diesem Zusammenhang rief Annette Schavan die SPD auf, im Vermittlungsverfahren zur Hartz-IV-Novelle das Bildungspaket nicht weiter zu blockieren. „Hören Sie auf, das Bildungspaket weiter zu verzögern“, rief sie der Opposition zu. „Bildung ist nicht nur eine Frage des Staates, sondern auch eine Anfrage an unsere Gesellschaft, die eine bildungsgeisterte und bildungshungrige werden muss“.

Aktuelle Stunde zur Bundeswehr

Der Unfalltod eines Soldaten in Afghanistan Ende 2010, geöffnete Feldpostbriefe aus dem Einsatz und die Vorgänge auf dem Segelschulschiff „Gorch Fock“, auf der eine Soldatin ums Leben kam, waren Gegenstand einer aktuellen Stunde an diesem Mittwoch im Deutschen Bundestag. Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg rief zu einer differenzierten Betrachtungsweise der drei Fälle auf. Er bat um Verständnis, dass eine abschließende Information erst nach den Ermittlungen auch der Staatsanwaltschaften möglich sei. Der Minister räumte im Parlament wie zuvor schon im Verteidigungsausschuss Informationslücken ein. Doch wies er mit Nachdruck Darstellungen zurück, er hätte das Parlament nicht informiert oder sei verantwortlich für eine gezielte Vertuschung oder Irreführung. Er selbst habe während der Afghanistanreise mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember vor Journalisten deutlich gemacht, dass der Soldat durch Fremdverschulden starb, sagte Guttenberg. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende und Ravensburger Abgeordnete Andreas Schockenhoff sagte, die seit Tagen anhaltende Diskussion nehme langsam hysterische Züge an. Der Verteidigungsminister habe im Bundestag die Fakten in aller Deutlichkeit und Offenheit dargestellt, soweit dies derzeit möglich sei. Er mahnte gleichzeitig, dass die Unterrichtung des Parlaments durch die Regierung sorgfältiger werden müsse. Es müsse alles getan werden, um die Todesumstände aufzuklären. Die Abberufung des Kommandanten der „Gorch Fock“ durch den Minister entspreche der Fürsorgepflicht und sei keine Vorverurteilung. Gleichzeitig betonte Schockenhoff, dass niemand die „Gorch Fock“ als Ausbildungsschiff infrage stelle. „Eine Vielzahl von Vermutungen und Spekulationen sind in sich zusammengefallen“, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion und Reutlinger Abgeordnete Ernst-Reinhard Beck mit Blick auf die jüngste Sitzung des Verteidigungsausschusses. Die Öffnung der Feldpost bezeichnete Beck als einen Eingriff in die Grundrechte der Soldaten, der nicht hinzunehmen sei. Es gehe jedoch weit an der Realität vorbei, jetzt von einer systematischen Öffnung von Briefen zu sprechen, sagte er. Angesichts der „rasant sich verdichtenden Medienlage“ konnte der Minister gar nicht anders entscheiden, als den Kommandanten der „Gorch Fock“ von seinen Pflichten zu entbinden. Andernfalls wäre der Offizier einem öffentli-

chen Spießrutenlaufen ausgesetzt gewesen, stellte Beck fest.

Gedenkstunde des Deutschen Bundestages

"Heute gedenken wir der Opfer des nationalsozialistischen Genozids an 500.000 Sinti und Roma, wir erinnern an die Opfer der Shoa, des Mordes an sechs Millionen Juden, und wir gedenken all der anderen Opfer des Nazi-Regimes", sagte Zoni Weisz, niederländischer Holocaust-Überlebender und Vertreter der Sinti und Roma, in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus an diesem Donnerstag, dem 27. Januar 2011. Hintergrund: Vor 66 Jahren, am 27. Januar 1945, befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz. Der Jahrestag der Auschwitz-Befreiung ist der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Seit 1996 findet dazu jährlich eine Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Bundestages statt. Erstmals sprach an diesem Gedenktag ein Vertreter der Sinti und Roma im Deutschen Bundestag.

Afghanistaneinsatz wird fortgesetzt

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO beschlossen. Die afghanische Regierung will bis Ende 2014 schrittweise die Sicherheitsverantwortung für ihr Land übernehmen. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit die Lage diese erlaubt, und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.

Zitat

«Bis zur Klärung wird die "Gorch Fock" an die Kette gelegt.»
(Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg am Samstag im Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz)

In eigener Sache

27.01.2011 Josef Rief spricht im Bundestag zur Zukunft der Europäischen Agrarpolitik

Union stellt sich gegen Forderungen der Opposition nach Mehrbelastung der deutschen Landwirte

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstrich der Biberacher CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief die Forderungen der Union zur zukünftigen Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Anträge von Grünen und SPD forderten in der Plenarsitzung des Bundestages am Donnerstag eine zukünftige Agrarpolitik, die massive Verschlechterungen für die deutschen Landwirte bedeuten würde. Eine Kürzung der Direktzahlungen würde die Konkurrenzfähigkeit und die Überlebensfähigkeit der deutschen Bauern gefährden. Schon heute ist das Erlangen der Zahlungen für die Landwirte an die Einhaltung von 2680 Auflagen und 590 Standards gekoppelt. Zudem bedeuteten geringere Direktzahlungen eine Verschlechterung der Nettozahlerposition Deutschlands, also dem Verhältnis zwischen Beiträgen, die Deutschland zahlt und Mitteln, die die Bundesrepublik aus Brüssel erhält. *Lesen Sie weiter auf www.josef-rief.de*



26.01.2011 Arbeitsgruppe besucht Grüne Woche

Am Mittwochnachmittag absolvierte die Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deren Mitglied Josef Rief ist, seinen alljährlichen Messerudgang auf der Grünen Woche. Zu Beginn folgte die Arbeitsgruppe einer Einladung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Gerd Müller in die Halle des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Weitere Stationen waren die Europäische Kommission und die Länderhalle, wo Rief auch am Stand von Baden-Württemberg und Bayern vorbeischaute.



Auf dem Stand des Brauerbundes studierte Rief mit seinem Bayrischen Bundestagskollegen Dr. Max Lehmer die deutsche Brauereienkarte und suchte die heimischen Betriebe. In der Halle des diesjährigen Partnerlandes Polen empfing der polnischen Landwirtschaftsminister die Arbeitsgruppe. Am Stand von Marokko wurde den Abgeordneten Safrantee und Kamelfleisch präsentiert. Zum Abschluss des Rundgangs konnte die Gruppe in der Naturetec-Halle eine Fachschau für Nachwachsende Rohstoffe besichtigen. Für Rief endete der Besuch auf der Grünen Woche auf dem Erlebnisbauernhof, wo er mit dem Präsidenten des Bauernverbandes, Gerd Sonnleiter, sprach. Auch in diesem Jahr war es wieder eine beeindruckende Präsentation der heimischen und der internationalen Land- und Ernährungswirtschaft.

22.01.2011 "Herzlich willkommen zu Schinken und Ei" - Schaukochen als demonstratives Bekenntnis zu den Produkten unserer einheimischen Landwirtschaft.

Um dem gegenwärtigen durch den Dioxin-Skandal verursachten Negativimage der Landwirtschaft entgegenzuwirken, hatte der Bauernverband Biberach-Sigmaringen für Samstagabend zu einer Veranstaltung der besonderen Art mit Ministerin Tanja Gönner und Josef Rief nach Kanzach eingeladen.

Lesen Sie mehr über die Veranstaltung auf www.josef-rief.de

